



LINKE Nachrichten aus der Oder-Spree-Kreis

- DIE LINKE LOS mit neuem Vorstand *Seite 3*
- Woltersdorf: Wohnen und Mobilität als neue Schwerpunkte *Seite 4*
- Bad Saarow: Lieblingsplätze und Parkleitsystem neu gestalten *Seite 6*



Strategiedebatte in der LINKEN

- Links in Zeiten der Krise *Seite 2*
- Mit welchen Strategien verankern wir uns in der Arbeiter*innen-Klasse? *Seite 8*
- Zum Bericht des Ältestenrates im Bundesausschuss am 14./15. März 2020 *Seite 9*

Unser Signal gilt jedermann – SOLIDARITÄT

Liebe Leser*innen, Sympathisant*innen, Genoss*innen,

ein winzig kleiner zellulärer Organismus, betitelt als SARS-CoV-2, in den Medien allgemein Coronavirus genannt, hält derzeit die Welt in Atem und stellt unser aller Leben von den Füßen auf den Kopf. Grenzen werden geschlossen. Regierungen beschließen einschneidende Maßnahmen wie das Verbot von Versammlungen, die Schließung von Bars, Clubs und Restaurants, verhängen Einreisebeschränkungen und selbst Parlamente drohen auf Notbetrieb umgestellt zu werden. Schulen und Universitäten wurden geschlossen, ebenso wie Kultureinrichtungen und genauso auch Bordelle. In einigen Ländern wie Frankreich oder Italien herrscht komplette Ausgangssperre. Wer nicht zum Arzt, zum Einkaufen oder zur Arbeit gehen muss, ist angehalten, zu Hause zu bleiben. Zugleich passieren solch folgerichtige Sachen, die wir uns vor Wochen noch nicht hätten träumen lassen, wie z.B. dass das NATO-Manöver Defender 2020 abgesagt wird. Oder dass CSU-Politiker öffentlich über die Verstaatlichung von Unterneh-



men nachdenken. Nur wenige Tage nachdem dieser Artikel geschrieben ist, wird es weitere Entwicklungen geben, womöglich weitere Verschärfungen für das öffentliche Leben, die Zahl der Infizierten wird deutlich angestiegen sein.

Mittlerweile dürften die meisten Menschen verstanden haben, warum diese Maßnahmen ergriffen werden. Experten vom Robert-Koch-Institut wie Christian Drosten (siehe Randspalte) haben es vielfach in den Medien erklärt. Es geht nicht mehr darum, die Ausbreitung zu verhindern, sondern die Ausbreitung so zu verlangsamen, dass unser Gesundheitssystem Schritt halten und der Behandlung der Infizierten gerecht werden kann.

Wir beide haben Glück mit unseren Arbeitgebern, wir wurden ins HomeOffice geschickt und müssen nicht mehr mit dem ÖPNV zur Arbeit fahren, erhalten weiter unser Gehalt und können uns von zu Hause aus Sorgen um die Welt machen. Doch vielen geht es deutlich weniger gut. Nicht alle

Arbeitgeber*innen haben Verständnis, wenn Arbeitnehmer*innen für mehrere Wochen wegen der Kinderbetreuung zu Hause bleiben müssen. Die Notbetreuung steht nur wenigen ausgewählten Berufen zur Verfügung. Cafés und Restaurants haben geschlossen. Touristische Reisen innerhalb Deutschlands können derzeit nicht stattfinden. Seminare und Fortbildungen werden abgesagt, Treffen mit ausländischen Geschäftspartner*innen, worunter Dolmetscher*innen, Trainer*innen und Moderator*innen leiden, usw. Die Liste an Selbstständigen, die besonders betroffen sind, ist lang. Und auch die größeren Unternehmen müssen nach und nach ihre Produktion herunterfahren, da Lieferengpässe entstehen und Absatzmärkte fehlen. Umso wichtiger ist es, dass die zugesagten Hilfgelder schnell und unbürokratisch an alle Betroffenen kommen.

Nun werden die Folgen der jahrelangen Einsparungen im Gesundheitssektor sichtbar. Unser Gesundheitssystem wird einer enormen Belastungsprobe ausgesetzt. Bitter, dass erst der schlimmste mögliche Fall einer Pandemie eintreten musste, um mehr Menschen die Augen zu öffnen. Neben den Ärzten und Pflegekräften gibt es weitere Berufsgruppen, die dieser Tage einer besonderen Belastung ausgesetzt sind. Supermarkt-Verkäufer*innen, die mit dem Befüllen der Regale nicht hinterherkommen und dabei ständig einer möglichen Infektion ausgesetzt sind, Polizist*innen, die die Einhaltung der neuen Regelungen für das öffentliche Leben überwachen müssen, Mitarbeiter*innen



Solidarität in Zeiten von Corona!

Jetzt für Risikogruppen und in häuslicher Isolation befindliche Personen in Deiner Nachbarschaft einkaufen gehen und Botengänge übernehmen. Praktische Solidarität und Nachbarschaftshilfe sind das Gebot der Stunde!

DIE LINKE.
BRANDENBURG

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

der Labore, die unter Hochdruck Tests durchführen, und viele mehr. Plötzlich ist ein neuer Begriff im Zusammenhang mit all diesen oft schlecht bezahlten Berufen im Umlauf: systemrelevant. Ja, Feuerwehr, Polizei, medizinisches Personal, Verkäufer*innen, Mitarbeiter*innen im Katastrophenschutz, bei Energieversorgern und Wasserwerken sind relevant, für das Leben und Überleben aller. Und gerade dies sind Berufe, die lange Zeit sehr schlecht bezahlt waren. Lasst uns jetzt all denen danken, die auch in der Krise täglich für uns im Einsatz sind. Aber lasst uns auch darüber sprechen, dass sie endlich ein Mehr verdient haben!

- Auf der Webseite der Partei DIE LINKE ist eine Themenseite zu Corona eingerichtet worden: <https://www.dielinke.de/themen/gesundheits-und-pflege/corona/>
- Tipp zum Nachhören: Der NDR veröffentlicht täglich einen Podcast mit Christian Drost unter <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcast4684.html>

Fotos auf den Seiten 1 und 2: DIE LINKE

Neben den ökonomischen Sorgen, die auf viele Menschen zukommen, werden die psychischen Auswirkungen in der nächsten Zeit eine große Rolle spielen. Eltern, die im HomeOffice sind, während sie gleichzeitig ihre Kinder beschäftigen müssen, werden schnell an den Rand ihrer Möglichkeiten kom-

men und sich damit arrangieren müssen, dass die eigene Produktivität (zu der man nach jahrelanger kapitalistischer Verwertungslogik erzogen wurde) sinkt. Das Abgeben der Kinder an Großeltern wird gerade nicht empfohlen, da alle über 60+ zur Risikogruppe zählen. Mancher wird dennoch die Großeltern in Anspruch nehmen, weil es nicht anders geht, und ein schlechtes Gewissen haben. Andere werden aus Rücksicht auf Besuche bei den Großeltern und Urgroßeltern verzichten, die wiederum Sehnsucht nach den Enkeln und Urenkeln haben. Und andere werden mehrere Wochen allein zu Hause verbringen.

Das mehr-oder-weniger Eingeschlossenensein in den eigenen vier Wänden, weil alle anderen sozialen Begegnungspunkte ausgesetzt wurden, einschließlich Parteiveranstaltungen, wird eine große Herausforderung für uns alle. Wir müssen auch ohne physische Begegnung im Alltag aufeinander Acht geben. Wir bieten einander Hilfe an, falls

jemand nicht vor die Tür gehen kann, weil sie oder er Risikopatient ist, und wir bleiben miteinander in Kontakt.

Ihr Lieben alle, lasst uns die sozialen Kontakte auch in diesen schwierigen Zeiten unbedingt aufrecht erhalten. Alle geplanten Veranstaltungen, die wir in dieser Ausgabe des *Widerspruchs* ankündigen wollten haben wir leider absagen müssen, und können derzeit nicht planen, wann die nächsten stattfinden. Doch auch wenn wir uns nicht sehen, sollten wir uns zumindest hören. Telefoniert miteinander, telefoniert mit uns, lasst uns reden. Der größte Feind ist nicht das Virus, es sind die Angst und die Einsamkeit.

Bleibt gesund!
Mit solidarischen Grüßen

*Julia Wiedemann und
Christopher Voß,
Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree*

ZWISCHENRUF

Links in Zeiten der Krise

Auch in Zeiten der Corona-Krise gilt: Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Da funktioniert zwangsläufig auch die Krisenbekämpfung mit kapitalistischen Mitteln.

Es gibt aktuell keine anderen.

Angesichts der Notwendigkeit, möglichst viele Menschenleben zu retten, sind schnelle und konkrete Maßnahmen des Staates gefragt. Und der muss so handeln, wie er ist.

Wir können auch nicht warten, bis er so ist, wie Linke ihn gerne hätten.

Frei nach Marx: **Die Menschen müssen nicht nur essen, trinken, wohnen und sich kleiden, bevor sie Politik machen können – sie müssen zunächst einmal überleben.**

Und danach stellt sich die Frage, wie eine an Profitmaximierung orientierte Politik die Handlungsbedingungen für ein auf die Volksgesundheit orientiertes Gesundheitswesen auch in Deutschland verschlechtert hat. Oder wie in den letzten Monaten eine Berichterstattung voll herablassender Häme über die Entwicklung in der Volksrepublik China sich damit verbindet, dass hierzulande konkrete Maßnahmen unterlassen wurden, obwohl die absehbare Entwicklung schon in der Bundestagsdrucksache 17/12051 vom 3. Januar 2013 (Risikoanalyse „Pandemie durch Virus Modi-SARS“) einigermaßen zutreffend prognostiziert wurde.

Zunächst aber: **Respekt und Unterstützung für die Arbeit der Menschen im Gesundheitswesen, die – so wie in Schöneiche – nicht warteten, bis ein offenkundig überfordertes Gesundheitsamt handelte, sondern selbst aktiv wurden.**

*Dr. Artur Pech, Schöneiche,
Mitglied der Gemeindevertretung und des Kreistages*

Danke!

Ein riesiges Dankeschön und Respekt für alle, die im Beruf und privat aktuell Außerordentliches für ihre Mitmenschen und gegen das Coronavirus leisten!

www.linksfraktion.de

Kontakthinweis

Das Gesundheitsamt des Landkreises Oder-Spree hat unter der

Rufnummer: (033 66) 35 20 02

eine Hotline eingerichtet. Dort gibt es montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 18 Uhr Antworten auf dringende Fragen im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Wegen des hohen Beratungsbedarfes kann die Erreichbarkeit vorübergehend eingeschränkt sein.

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree

DIE LINKE Oder-Spree mit neuem Vorstand

Bericht von der Gesamtmitgliederversammlung am 7. März in Storkow

von
Julia Wiedemann,
 Vorsitzende
 DIE LINKE Oder-Spree



Eine persönliche Vorbemerkung

Es ist der 17. März, als ich versuche, diese Zeilen zusammen zu fügen, um endlich den versprochenen Bericht über die Gesamtmitgliederversammlung an die Redaktion des *Widerspruch* abzuliefern. Diese ist erst eine gute Woche her, und wirkt zugleich doch so weit weg. In den vergangenen Tagen ist so viel passiert, hat sich die Nachrichtenlage zum Umgang mit dem Coronavirus nahezu stündlich verändert, und wurde radikal in das Leben vieler Menschen eingegriffen durch behördliche Zwangsmaßnahmen, die zugleich notwendig sind, um das Leben von Menschen zu retten. Diese Welt heute ist eine gänzlich andere als vor zehn Tagen. Deshalb mir mein eigener Bericht ein wenig wie aus der Zeit gefallen erscheint. Ich werde ihn dennoch so verfassen, als wären erst ein paar Tage vergangen, in der Hoffnung, dass wir in einigen Wochen an frühere politische Debatten wieder anknüpfen können und beschlossene Vorhaben als Kreisvorstand mit Verspätung in Angriff nehmen können.

Kreisvorstand neu gewählt
 DIE LINKE Oder-Spree wählt auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung am 7. März einen neuen Kreisvorstand. Als Vorsitzende in Doppelspitze wiedergewählt wurden Christopher Voss und Julia Wiedemann. Uwe Tippelt wurde als Kreisgeschäftsführer bestätigt. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Kerstin Labenz und Ismael Al-Kayed, der seit Dezember 2019 auch Ortsvorsitzender in Fürstenwalde ist. Die Arbeit der Kreis-schatzmeisterei teilen sich künftig Wieland Wallroth und Annetrin Schwaeger. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Jörg Bogadtke, Glen Damman, Jörg

Mernitz, Martina Richter, Beate Simmerl und Margot Ziehmann.

TESLA – Forderungen zum Bau

Zu den Themen der Generaldebatte gehörten der Bau der TESLA-Fabrik in Grünheide und die Folgen. Sebastian Walter, Vorsitzender der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, betonte in seiner Rede, wie wichtig es ist, dass nun auf Tarifverträge und die Einhaltung sozialer Mindeststandards für die Beschäftigten gedrungen wird, dass die Kommunen beim Ausbau der Infrastruktur nicht allein gelassen werden. Bisher habe TESLA noch nichts für Brandenburg getan. Es ist nun Aufgabe der Opposition, darauf zu drängen, dass es eine Tarifreuegung gibt. (siehe auch auf Seite 5: „Stadt-punkt des Ortsverbandes Erkner, Gosen-Neu Zittauer LINKEN zur TESLA-Ansiedlung“).

Antifaschismus

Ebenso warfen die jüngsten Eindrücke aus Thüringen und Hanau ihre Schatten. Am 19. Februar hatte ein Täter aus rassistischen Motiven 9 Menschen erschossen. Ein grausamer Anschlag, der nach dem Anschlag in Halle mit zwei Todesopfern und dem Mord an Walter Lübke erneut vor Augen geführt hat, wie gefährlich die Entwicklung des Rechtsterrorismus in Deutschland geworden ist. In Thüringen wurde Anfang Februar Thomas Kemmerich von der FDP mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt. Ein Tabubruch, der für viel Aufsehen sorgte. Zur Demonstration von #unteilbar gegen Rassismus in Erfurt waren auch Genoss*innen aus Oder-Spree mit dem Bus angereist, den der Kreisverband organisiert hatte. Antifaschismus ist und bleibt zentraler Bestandteil unseres politischen Handelns.

Das fand sich auch im Leitantrag wieder, der auf der Gesamtmitgliederversammlung verabschiedet wurde. Das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl im September 2019 hatte noch lange nachge-

wirkt und wurde Ausgangspunkt vieler Debatten um die Richtung und Strategie unserer Partei. Sichtbar wurde dabei, dass wir als Partei mittlerweile große Unterschiede in den Generationen haben, die jeweils verschiedene Medien bevorzugt nutzen, sich teilweise für unterschiedliche Themen verstärkt engagieren und andere Arbeitsweisen haben. Diese Differenzen zusammen zu bringen und gemeinsam als Kreisverband zu wachsen und für die kommenden Bundestagswahlen und darüber hinaus kampagnenfähig zu bleiben, wird eine große Herausforderung für den neuen Kreisvorstand sein.

Öffentlichkeitsarbeit vielfältig gestalten

Im Leitantrag der Gesamtmitgliederversammlung war dies als Schwerpunkt herausgestellt worden. Mit dem Leitantrag hat sich DIE LINKE Oder-Spree unter anderem zum Ziel gesetzt, die Zahl der aktiven Mitglieder zu erhöhen, und durch Öffentlichkeitsarbeit die Sichtbarkeit ihrer Themen zu erhöhen. Als Schwerpunkte wurden Antifaschismus, Mobilität und Rekommunalisierung des Busverkehrs sowie friedenspolitische Aktivitäten wie gegen das NATO-



Der neue Kreisvorstand (v.l.): Glen Damman, Julia Wiedemann, Martina Richter, Christopher Voß, Willi Wallroth, Jörg Mernitz, Uwe Tippelt und Jörg Bogadtke. Nicht auf dem Bild: Kerstin Labenz, Ismael Al-Kayed, Annetrin Schwaeger, Beate Simmerl und Margot Ziehmann. Foto: DIE LINKE Oder-Spree



Die Teilnehmer der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Oder-Spree protestieren gegen das NATO-Manöver Defender 2020 vor der Tagungsstätte im Friedensdorf Storkow, Foto: DIE LINKE Oder-Spree

Manöver Defender 2020 festgelegt. **[Bemerkung: Das Manöver wurde mit Stand 16.3. offiziell abgebrochen.]** Der neue Kreisvorstand wurde beauftragt, verstärkt Bildungsangebote durchzuführen, die Vernetzung zwischen den Ortsverbänden und den Nachbarkreisen zu fördern, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und die Debatte um die Strategieentwicklung fortzuführen. 2021 werden wir einen Bundestagswahlkampf zu bestreiten haben. Dass wir nun ein wahlfreies Jahr haben, sollten wir nutzen, um uns für die anstehenden Aufgaben fit zu machen.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

von
Sebastian Meskes,
Woltersdorf

■ Woltersdorf

Wohnen und Mobilität als neue Schwerpunkte

Woltersdorfer LINKE wählt neuen Vorstand

DIE LINKE Woltersdorf hat am 24. Februar während ihrer Frühjahrsklausur einen neuen Ortsvorstand gewählt. Einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde der 39-jährige Sebastian Meskes für seine vierte Amtszeit. Meskes führt die Woltersdorfer LINKE seit 2014. Weitere Mitglieder des Ortsvorstandes sind Julia Wiedemann, Ulli

Franke, Anny Przyklenk sowie Antje Berthold-Riedel.

Außerdem hat die Partei ihre Inhalte für die kommunalpolitische Arbeit der nächsten Jahre beraten. DIE LINKE wird dabei neue Schwerpunkte auf die Themen Mobilität und Wohnen setzen. Bereits jetzt sehen wir, dass die Infrastruktur des Ortes und der Region nicht mit dem Wachstum der letzten Jahre mithalten konnte. Durch die Ansiedlung der TESLA-Fabrik mit vielen Tausend neuen Arbeitsplätzen wird sich die Situation noch verschärfen.

Im Bereich der Grundstücks-, Immobilien- und Mietpreise wird Woltersdorf in einigen Jahren sein blaues Wunder erleben, wenn die Politik nicht jetzt handelt. Um die Verdrängung einkommensschwacher Schichten zu verhindern, fordert DIE LINKE die Schaffung von neuem öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum. Auch wird DIE LINKE darauf drängen, dass Woltersdorf alle bereits zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um Wohnraum

bezahlbar zu halten. Als ersten Schritt wird die Partei in der Gemeindevertretung die Erhebung eines Mietspiegels für Woltersdorf beantragen.

Auch im Bereich der Mobilität werden wir auf Investitionen drängen. Wir wollen neue Straßenbahnverbindungen von Woltersdorf nach Rüdersdorf und Erkner. Es muss Schluss sein mit schlecht vertakteten Busverbindungen, die nur bis 18 Uhr fahren. Im Hinblick auf die Tesla-Ansiedlung fordern wir, dass Grünheide von Woltersdorf innerhalb von 30 Minuten mit maximal einem Umstieg erreichbar ist. Ansonsten werden Pendler weiter auf das Auto setzen und es droht der Verkehrsinfarkt. Woltersdorf muss sich hier eng mit den Gemeinden der Region abstimmen und klar gegenüber der Landesregierung auftreten. Wenn TESLA Milliarden investiert, muss das Land die Millionen locker machen, mit denen wir hier in Woltersdorf die entsprechende Infrastruktur finanzieren können.



Der neue Vorstand (v.l.): Anny Przyklenk, Ulli Franke, Julia Wiedemann, Sebastian Meskes, Antje Berthold-Riedel, Foto: DIE LINKE Woltersdorf

■ **Erkner**

Standpunkt des Ortsverbands Erkner, Gosen-Neu Zittau der LINKEN zur TESLA-Ansiedlung

von
Ursula Paape und
Michael Voges, Vor-
sitzende DIE LINKE
Gosen-Neu Zittau

Nach zum Teil kontroverser Debatte in zwei Mitgliederversammlungen fasst der Vorstand des Ortsverbands als Ergebnis zusammen:

Zu der Entscheidung der Firma TESLA, die Ansiedlung einer Produktionsstätte von Elektro-SUVs „Gigafactory“ mit tausenden Beschäftigten im Land Brandenburg, in Grünheide, in Angriff zu nehmen, wird der Ortsverband Erkner, Gosen-Neu Zittau der LINKEN keine Stellung nehmen. Wir jubeln nicht und können bzw. wollen das Ganze auch nicht verhindern.

Die im Kapitalismus typische Entscheidung eines rein an Profitinteressen orientierten Unternehmens wie TESLA, wo es seine Industrieproduktion durchführen lässt, bestimmen allein die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Weder die betroffenen Einwohner der Region noch die hier ansässigen Mitglieder der Partei DIE LINKE haben irgend einen Einfluss. Die bürgerliche Demokratie endet oft an den Fabrikatoren.

Im Interesse der Lebensqualität und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs wäre jedoch gewesen, einen Industriestandort zu wählen, dessen industrielle Entfaltung gerade jetzt notwendig erscheint – und wo heute bereits erschlossene Flächen und gut ausgebildete Arbeitskräfte bereit stehen. Beides gilt für den nun gewählten Standort nicht.

Es ist augenfällig, dass bis auf das „Hochziehen“ der eigentlichen Produktionsstätte nicht das Unternehmen TESLA, sondern die öffentliche Hand, Land Brandenburg, Kreis Oder-Spree und umliegende Gemeinden und Städte die Verantwortung und die Kosten für die Einordnung einer „Gigafactory“ in die Landschaft zu tragen haben. Das sind unser aller Steuergelder.

Wir sehen hier einige einer Lösung eher unzugängliche Probleme!

Die in Politik und Verwaltung Verantwortlichen haben bisher keine Vorstellungen oder Planungen, wie die zum Ende des kommenden Jahrs produzierende „Gigafactory“ mit den tagtäglichen Produktions-

mitteln und rund 3 000 Arbeitskräften im Schichtbetrieb versorgt und wie die dort produzierten Fahrzeuge an die Verkaufsstellen transportiert werden sollen.

Bereits heute sind die Bahnstrecke Frankfurt (Oder)–Berlin und die Autobahn, der östliche, südliche und nördliche Berliner Ring überlastet und auf einen erheblich wachsenden Güterverkehr nicht eingerichtet. Die Landesstraße L38 wird den zu erwartenden LKW-Verkehr gleichfalls nicht aufnehmen können. Garantien für das Einhalten eines Tariflohns fehlen bisher.

Soweit die Brandenburger Landesregierung erklären lässt, ist die Versorgung mit Brunnenwasser (min. 238 m³/h) in dem Wasserschutzgebiet (Stufe IIIA,B) sichergestellt. Sie lässt aber die Lage der Fabrik in einem Grundwasserströmungsgebiet zur Versorgung der umliegenden Regionen außer Acht. Damit kann die Minderversorgung des Störitzsees, des Löcknitztals und der zur Versorgung der Bevölkerung im Bereich Hohenbinde gelegenen Trinkwasserbrunnen drohen.

Gerade so ungeklärt ist der Verbleib des Abwassers der „Gigafactory“, sollen dort doch auch Batterien gefertigt und die produzierten Fahrzeuge lackiert werden.

Aus dem Blickwinkel des Umweltschutzes unverständlich ist, dass die Fabrik ihre Energie aus Erdgasturbinen beziehen will.

Nicht bedacht sind bisher die Einschränkungen für den laufenden Autoverkehr in den umliegenden Städten und Gemeinden. In Erkner droht jetzt schon der Verkehrskollaps. Das Gleiche gilt für Gosen-Neu Zittau. Eine realistische Entlastung durch den Ausbau von Umgehungsstraßen und der Landstraße L39 mit der Wiederherstellung der Brücke über den Oder-Spree-Kanal – ein Vorschlag der LINKEN seit Jahrzehnten – ist nicht in Sicht.

Der Ortsverband der Partei DIE LINKE wird alles daran setzen, dass demokratische Mitwirkungsrechte für die vom Bau und Betrieb der „Gigafactory“ Betroffenen und der dort tätigen Arbeitskräfte, in Planung, Umsetzung und Betrieb der Industrieansiedlung geschaffen werden.

Bei aller Skepsis, was Lebensqualität und Infrastruktur betrifft, wird der Ortsverband Erkner, Gosen-Neu Zittau mit all seinen Sympathisanten alles daran setzen, gemeinsam mit den Bürgern die wenigen Vorteile der vorgestellten Industrieansiedlung zu einer bürgerfreundlichen und naturnahen, nachhaltigen Entwicklung der Region zu nutzen und die erheblichen Nachteile gering zu halten.

TESLA darf nicht zu individuellen finanziellen Mehrbelastungen – wie z.B. höheren Wasserpreisen – führen.

Bild unten:
Die abgeholzte Waldfläche des Geländes für die TESLA-Giga-factory 4 bei Grünheide (Mark) am 25. Februar 2020

Foto: Ralf Roletschek – Eigenes Werk, Resolution restricted-by-sa, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=87461953>



von
Margot Ziemann,
Bad Saarow

■ Bad Saarow

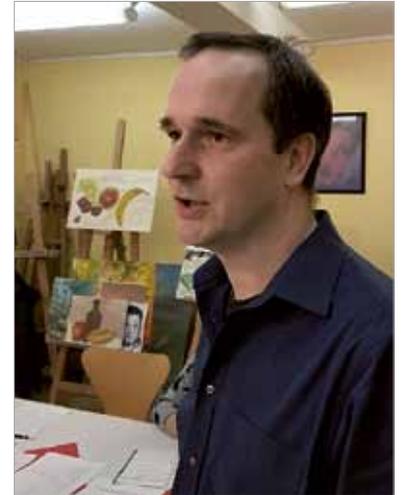
Lieblingsplätze und Parkleitsystem neu gestalten

Bürgermeister Axel Hylla informierte über die Pläne

Zur aktuellen Information über Pläne und Perspektiven für den Kurort hatte DIE LINKE in Bad Saarow Bürgermeister Axel Hylla (DIE LINKE) am 26. Februar zu einem öffentlichen Meeting eingeladen. Das öffentliche Interesse war

groß. Rund 60 interessierte Gäste waren der Einladung gefolgt.

Bürgermeister Axel Hylla informierte über die neuen Herausforderungen, die auch vor der Gemeinde Bad Saarow stehen und stellte sich den Fragen der Gäste. „Einerseits“, so Hylla, „sind wir eine Gemeinde, die wachsen will und kann. Andererseits müssen wir sichern, dass die notwendige Infrastruktur Schritt hält und Bad Saarow seinen Charakter als ruhiger Kurort behält“. In diesem Zusammenhang stellte er ein erstes Konzept zur Gestaltung der Lieblings-Erholungsplätze am Scharmützelsee vor. Ausgewählte Plätze sollen demnach ein eigenes Gesicht und eine eigene Funktion bekommen. Nach diesem Konzept sollen z.B. der Markgrafenplatz, der Platz am Stein und der Regattaplatz gestaltete Zugänge zum See erhalten. Uferstraße und Kurpark sollen z.B. mit Springbrunnen, Kunst und Skulpturen aufgewertet werden. Da das Konzept noch erörtert werde, lud der Bürgermeister dazu ein, dass die Bad Saarower ihre Meinungen dazu einbringen. Auf die Frage, wie die Finanzierung und die Kosten für Pflege und Erhalt gesichert werden, erläuterte er,



Bürgermeister Axel Hylla,
Fotos: DIE LINKE Bad Saarow



dass nach Beschluss der Gemeindevertretung ein Antrag auf 90-prozentige Förderung gestellt werde. Gegenwärtig werde eine Kostenschätzung erstellt. Gleiches gelte für die Erstellung eines Parkleitsystems, das ebenfalls erarbeitet werde. Die Seestraße solle demnach im Ganzen als Fußgängerzone gestaltet werden. Hierfür nahm der Bürgermeister sowohl Anregungen zur vorgezogenen Sperrung, als auch Kritik entgegen.

von
Annekatriin
Schwaeger,
DIE LINKE
Schlaubetal,
Foto: DIE LINKE
Schlaubetal

■ Müllrose

Rote Rosen zum Internationalen Frauentag

Bereits Tradition in Müllrose

Am Montag nach dem diesjährigen 8. März, dem Internationalen Frauentag, verteilten Kerstin Labenz,

Harald und Annekatriin Schwaeger, Mitglieder des Amtsverbandes DIE LINKE Schlaubetal rote Rosen an über 150 Frauen in Müllrose, u.a. in sozialen Einrichtungen, in Geschäften, auf der Straße. Die erfreuten Reaktionen einiger der Beschenkten, die die Aktion bereits aus den Vorjahren kannten, zeigte, dass das bereits eine schöne Tradition ist.

Frauenrechte und Gleichberechtigung in Beruf und Alltag sind auch in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich, Gewalt gegen Frauen leider Alltag. Anlass für DIE LINKE, unter dem Motto „Je-

der Tag ist Frauentag“ diese Themen immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen und dagegen vorzugehen. Frauen erbringen im beruflichen Alltag und in der Familie immer noch den Hauptanteil an der Betreuung von Kindern und in der Pflege. Diese Leistungen müssen von der Gesellschaft besser wertgeschätzt und honoriert werden, sei es in der Verbesserung der Bezahlung im Beruf oder z.B. bei der Anerkennung von Kinderbetreuungs- und Pflegeleistungen von Angehörigen zur Rente, denn – „Pflegearbeit ist mehr wert“.



AfD-„Flügel“ ist zentrale Strömung der Partei

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine antidemokratische Partei der extremen Rechten, das belegen Programm und Aussagen ihrer Mitglieder. Seit Beginn der Partei haben antifaschistische Initiativen darauf hingewiesen. Mit schlimmen Auswirkungen wurde die AfD von großen Teilen der Medien als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums gehandelt.

Damit muss Schluss sein.

Dadurch, dass der Inlandsgeheimdienst den „Flügel“ innerhalb der Alternative für Deutschland zum Beobachtungsobjekt erklärt, rückt die gesamte Partei in den Fokus. Der „Flügel“ unter der Führung des Faschisten Björn Höcke ist keineswegs eine Randerscheinung, sondern treibende und richtungsweisende Kraft der Partei. Fraktionsvorsitzender Alexan-

der Gauland ordnet Höcke in der „Mitte der Partei“ ein, Alice Weidel nannte den Flügel eine „ganz wichtige Strömung“. Für den Parteivorsitzenden Jörg Meuthen ist der Flügel ein „integraler Bestandteil“. Die Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie kann nicht Sache des Geheimdienstes sein. Sie bleibt Verpflichtung für alle Demokraten.



von
Martina Renner, Mitglied des Bundestages, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE

Wildwestpolitik der USA gegen Venezuela verurteilen



von
Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Sprecherin für internationale Beziehungen

Während die Zahlen von Corona-Infektionen in den USA in die Höhe schießen, versucht die US-Regierung durch das Aussetzen eines Kopfgeldes auf den venezolanischen Staatschef Nicolás Maduro, ein bisher weltweit einmaliger Akt, davon abzulenken. Diese absurde Wildwestpolitik muss von der Bundesregierung verurteilt werden.

Venezuela braucht jetzt dringend internationale Unterstützung im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Dies hat auch der Appell der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, nach Aufhebung der völkerrechtswidrigen Wirtschaftssanktionen gegenüber Venezuela zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung muss diesen beispiellosen aggressiven Akt der US-Regierung gegen Venezuela im UN-Sicherheitsrat auf die Tagesordnung setzen. Die Vorwürfe, der venezolanische Regierungschef sei der Anführer eines Drogenhändlerings „Kartell der Sonnen“, ist ähnlich glaubwürdig wie die „Beweise“ für die Massenvernichtungswaffen im Irak 2003.

Eigene, durch die US-Regierung erhobene Daten zeigen, dass die Haupttransportrouten für Drogen durch Mittelamerika verlaufen

und nicht über Venezuela. Kolumbien als engster US-Verbündeter gilt nach wie vor als das Land der „Narcopolitik“, mit Politikern, die tief in den Drogenhandel verstrickt sind wie der ehemalige Präsident Alvaro Uribe, ein Vertrauter des amtierenden Präsidenten Ivan Duque. Und der von den USA unterstützte, selbsternannte venezolanische Interimspräsident Juan Guaidó, war im vergangenen Jahr auf Fotos mit zwei Anführern des kolumbianischen Drogenkartells Los Rastrojos zu sehen, die seine illegale Ausreise nach Kolumbien organisierten.

Die Bundesregierung muss sich für ein Ende der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela einsetzen, um das Gesundheitssystem zu stabilisieren, und neu entstandene Initiativen der Kooperation von Regierung und Opposition in Venezuela angesichts der Corona-Pandemie unterstützen.

Anmerkung der Red. Widerspruch:

„US-Außenminister Mike Pompeo kündigte an, dass sein Büro Geldprämien von bis zu 55 Millionen US-Dollar für Informationen anbietet, die zur Verhaftung von Maduro und vier seiner Mitarbeiter oder zu Schuldsprüchen für sie führen.“

Es sei daran erinnert, dass Trump im Februar in einer Wahlrede in Miami den bolivarianischen Streitkräften drohte, dass sie „alles verlieren würden, wenn sie Maduro weiterhin unterstützen.“

Quelle: <http://de.granma.cu/mundo/2020-03-27/offen-erklarter-staatsterrorismus-gegen-venezuela>

NACHRICHT

Delegationsreise nach Paris

Europäische Herausforderungen mit Partnern diskutiert

Ende Februar nahm Thomas Nord als Mitglied des EU-Ausschusses an einer Delegationsreise nach Paris teil.

Der im Grundgesetz verankerte Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ist der zentrale Ort der europapolitischen Mitwirkung im Deutschen Bundestag. Als Querschnittsausschuss ist er unter anderem für Grundsatzfragen der europäischen Integration, institutionelle Themen und Fragen der Erweiterung zuständig und pflegt intensive Kontakte zu Europaausschüssen anderer nationaler Parlamente in der Europäischen Union.

In diesem Zusammenhang nahm Thomas Nord als Mitglied der Delegation des EU-Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Februar am Trilateralen Treffen der EU-Ausschüsse der Assemblée nationale (Frankreich), der Camera dei deputati (Italien) und des Bundestages in Paris teil. Die drei Delegationen diskutierten die Herausforderungen des nächsten europäischen Haushalts (Mehrjähriger Finanzrahmen) sowie die Außengrenzen der Europäischen Union, Nachbarschaftspolitik und die Aussichten für eine EU-Erweiterung.



Thomas Nord (7. v. r.) beim trilateralen Treffen der EU-Ausschüsse am 25. 2. in der Assemblée nationale in Paris)



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsi-
diums des Bundesaus-
schusses der Partei
DIE LINKE;
Foto: DIE LINKE

Mit welchen Strategien verankern wir uns in der Arbeiter*innen-Klasse?

Nachbetrachtung zur Strategiekonferenz der Partei DIE LINKE

Nachspiel

Mit diesem medialen Höhepunkt der Strategiekonferenz der LINKEN hatte wohl kaum jemand gerechnet. Zum schlechten Ende fand sie über BILD und die FDP den Weg bis in den Deutschen Bundestag. Immerhin: Die Partei, deren Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag sich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD hatte zum (Kurzzeit-) Ministerpräsidenten Thüringens wählen lassen, brachte es auf diesem Wege fertig, dass sich DIE LINKE einmal mehr für die DDR entschuldigte. Auch das war ein untrügliches Zeichen für den Weg dieses Landes noch weiter nach rechts.

Was war in Kassel passiert? Da wollte eine Rednerin drastisch deutlich machen, dass auch der Sozialismus ohne Klimawende nicht auskommt. Dafür fiel ihr nichts Besseres ein als die Formel, eine solche Wende sei auch nach einer Revolution erforderlich, wenn das reiche „eine Prozent“ erschossen worden sei.

Als ich das hörte, ging mir (völlig unkorrekt) durch den Kopf: Wie kann man (in dem Falle Frau) bei aller Bedeutung des Klimawandels nur so dämlich sein? Es war nur eine Frage der Zeit, bis daraus ein Skandal wurde.

Vorspiel

In der Einladung zur Strategie-debatte hatte es geheißen: „Die Wahlergebnisse bei den Europawahlen, in Sachsen und Brandenburg waren schmerzhaft. In Bremen konnten wir Zugewinne realisieren, in Thüringen machen uns die Umfragen Hoffnungen auf einen Wahlerfolg. Bei den Kommunalwahlen überwogen bei wenigen Ausnahmen starke Einbrüche. Diese Ergebnisse und Tendenzen beschäftigen viele Mitglieder unserer Partei. Wir müssen Schlüsse daraus ziehen und uns verständigen, was zu tun ist.“

In seiner November-Sitzung 2019 hatte der Bundesausschuss als seine Ausgangsfrage formuliert: „Das Profil der LINKEN wird in ihrem Programm in der Satzung bestimmt. Die Grundsatzdokumente der Partei wurden vor etwa 10 Jahren beschlos-

sen. Wie haben der Bundesvorstand und die Landesverbände deren politische Leitlinien in praktische Politik umgesetzt? (Orientierung von Wahlstrategien, Wahlprogrammen usw. am Parteiprogramm – inwieweit sind Wahlergebnisse also Folge der Orientierung am oder der Vernachlässigung des Programms?)“

Zum Umgang mit unseren Fragen hatte der Ältestenrat bereits vor der Strategiekonferenz konstatiert: „Leider haben weder der Parteivorstand, noch die von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz, die grundsätzlichen inhaltlichen Überlegungen des Bundesausschusses und des Ältestenrates Beachtung geschenkt.“

Verweigerter Analyse

In der Debatte waren da die vom Bundeauschuss gestellten Fragen bereits auf eine entschiedene Verweigerungshaltung gestoßen. Auch der Parteivorstand wollte sich mit der noch in der Einladung zur Strategiedebatte aufgeworfenen Frage nach Schlussfolgerungen aus den Wahlniederlagen nicht mehr befassen. Und Benjamin-Immanuel Hoff (Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei und Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus in der Thüringer Landesregierung, Red.) schrieb: „Ich bin der Überzeugung, dass es weniger um die Fragen des Regierens geht, auch oder gerade weil der Bundesausschuss der Linkspartei in seinen Fragestellungen für die Strategiedebatte der kritischen Betrachtung linken Regierens wieder einmal erheblichen Raum zu geben wünscht. In der Kritik am Regierungshandeln spiegelt sich eine Haltung wieder, die eigene Grundsätze, die eigene Erkennbarkeit über die Herstellung politischer Kompromisse stellt. So kann Gestaltung komplexer Gesellschaften aber nicht funktionieren.“ (Beitrag zur Strategiedebatte)

Wo die politische Strategie einer Partei sich einer solchen Auffassung unterordnet, wird die Partei nicht nur für Wähler unerkenn-

bar, sie macht sich tatsächlich überflüssig.

Martin Günther (stellvertreter der Vorsitzender der LINKEN) stellte für Brandenburg fest, „dass 70 Prozent der Brandenburger kein politisches Projekt der LINKEN in der Landesregierung benennen konnten. Das sagt ja schon sehr viel ... So richtig wollten die Leute gar nichts mehr von uns. Und das hat offensichtlich sehr viel damit zu tun, wie wir in der Regierung agiert haben.“ (jW, 10. 3. 2020, S. 2)

Kampf gegen Rechts

Auch „der Aufstieg der Rechten kann nicht ohne eine Analyse der Schwäche der Linken und ihrer Fehler verstanden werden. Wenn nicht versucht wird zu ergründen, woher die Wut, der Zorn und die Abkehr von Arbeitern und Teilen der Mittelschicht von den Parteien der Arbeiterbewegung kommen, dann kann die Rechtsentwicklung nicht gestoppt werden. Aber anstatt sich dieser so drängenden Frage selbstkritisch zu stellen, verweilen Teile der Linken im moralischen Rigorismus, der eine fehlende Strategie ersetzen soll, was er natürlich nicht kann.“ (So Jan Korte in „Niemals herabblicken, Jan Korte zur Krise sozialdemokratischer und linkssozialistischer Politik“ schon 2018)

Es ist ein Stück weit eine Folge so sichtbar werdender Selbstgerechtigkeit, wenn nach den Wahlen in Thüringen zu konstatieren ist, „dass eine ernsthafte Aufarbeitung des AfD-Erfolgs im r2g-Spektrum bisher ausgeblieben ist ... Hinweise, dass sich hinter den Wahlentscheidungen zugunsten der AfD auch sozialer Protest verbergen könnte, möchte die etablierte Heuristik des Verdachts nicht wahrhaben. Die Frage, weshalb die AfD ausgerechnet bei erwerbstätigen Arbeitern stärkste Partei werden konnte (39 Prozent), wird erst gar nicht gestellt. Entsprechende Haltungen münden in einen hilflosen Antirassismus, der systematisch verkennt, dass die radikale Rechte nur zu besiegen ist, wenn man ihr den Problemrohstoff entzieht, mit dessen Hilfe sie gegenwärtig wächst und gedeiht.“ (https://www.spw.de/data/235_doeerre.pdf)

Was Klaus Dörre da über Thüringen feststellt, ist auch die Sicht

von Jan Korte auf die Braunkohlelektropelt. „Ohne die Kohlelektropelt beispielsweise in den ostdeutschen Braunkohlelektropelt hätte es eben keine Industrialisierung und Entwicklung in der DDR gegeben. Die Menschen, die dort gearbeitet haben oder noch arbeiten, wissen selbst, dass es mit dieser Energieform zu Ende gehen wird. Diese Malocher sind ja nicht bescheuert. Mir ist wichtig, sie nicht zu vergessen oder sie als Klimaverbrecher hinzustellen. Es sind Menschen, die echt was hinter sich haben. Und sie zu hören, zu sehen und zu respektieren, ist wichtig für eine glaubwürdige Linke.“ (Jan Korte, Niemals herabblicken – Die Linke wird ihrer Verantwortung für die Interessen sozial deklassierter Schichten nicht ausreichend gerecht, www.neues-deutschland.de/artikel/1134148.die-verantwortung-der-linken-niemals-herabblicken.html)

Haltung zur Arbeiterklasse

Schon vor 175 Jahren schrieb ein damals 25 Jahre junger Mann Namens Friedrich Engels an die britischen Arbeiter: „Ich verzichtete auf die Gesellschaft und die Bankette, den Portwein und den Champagner der Mittelklasse und widmete meine Freistunden fast ausschließlich dem Verkehr mit einfachen Arbeitern ..., weil mir

dies Gelegenheit gab, einer unterdrückten und verleumdeten Klasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, der bei allen ihren Fehlern und unter allen Nachteilen ihrer Lage höchstens eine englische Krämerseele die Achtung versagen wird.“ (Friedrich Engels, MEW, Bd. 2, S. 229)

Bei dem Manne ist noch immer viel zu lernen, auch wenn heute bei Debatten in der LINKEN andere Getränke in Rede stehen.

Auch wenn es schmerzt, auch wenn es bei der Gestaltung von Tagespolitik „hinderlich“ sein mag: Sowohl in ihrem Regierungs- wie Oppositionshandeln muss DIE LINKE als Kraft erkennbar bleiben, die aus dem Kapitalismus heraus will. Das muss einheitliches Element ihrer Politik sein. Eine Strategie, die diesem Imperativ nicht folgt, wäre fehl am Platze.

Und wir müssen aufhören, uns in Gruppensoziologie zu verlieren. Wer immer von der „postindustriellen Gesellschaft“ schwadroniert, wird letztlich auch an der einfachen Tatsache nicht vorbei kommen: „daß die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können.“ (Karl Marx/Friedrich Engels, Wer-

ke. Band 19, 4. Auflage 1973, Dietz Verlag, Berlin)

Und auch in Zeiten der Corona-Krise bleibt richtig, „Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte“ (Marx, Briefe. An Kugelmann, 11. Juli 1868).

Das Kapital agiert grenzüberschreitend, ist weltoffen und gendernmäßig tolerant. Dem Geld ist es egal, ob jemand schwul, lesbisch oder divers ist. Hauptsache, es werden dem Betrieb neue verwertbare Ideen zugeführt.

Daran haben wir uns in zweifacher Hinsicht zu erinnern: Ohne die Rückbesinnung auf Marx und Engels tappen wir ziemlich orientierungslos durch die Welt. Das ist eine wesentliche Seite des heutigen Dilemmas der LINKEN. Sich auf sie zu besinnen bedeutet, die realen Reproduktionsprozesse zum Ausgangspunkt unserer Politik zu machen. Das meint dann auch: Was ihr für recht oder gerecht erachtet, steht nicht in Frage. Die Frage ist:

„Was ist bei einem gegebenen Produktionssystem notwendig und unvermeidlich?“
(MEW, Bd. 16/132)

DOKUMENTIERT

Zum Bericht des Ältestenrates im Bundesausschuss am 14./15. März 2020

Der Bericht konnte nicht gehalten werden, da der Bundesausschuss wegen der Corona-Pandemie nicht stattfand

Die jüngsten Ereignisse, verbunden mit der Thüringen-Frage und der Strategiekonferenz in Kassel erfordern, verbunden mit unserer Berichterstattung im Ältestenrat, auch eine schriftliche Position heraus.

Es bleibt dabei, der Wahlkampf in Thüringen und das erzielte Wahlergebnis sind hoch zu schätzen und der Einsatz im Wahlkampf sehr zu achten. Mit dem Vertrauensbruch gegenüber der politischen Grundhaltung unserer Partei und der Art und Weise des politischen Taktierens hat aber die gesamte Partei und nicht nur der Landesverband Thüringen Schaden genommen. Nachträgliche Einsichtserklärungen von Bodo Ramelow und Versuche zur Beschwichtigung heben berechnete und notwendige kritische Bewertungen und Auseinandersetzungen nicht auf. Der eigene Wahlerfolg, den DIE LINKE

erzielte, kann über die Wahlniederlage der Koalition nicht hinwegtäuschen. Falsche Abwägungen und Entgegenkommen, die das politische Profil unserer Partei verfälschen können, sind ein zu hoher Preis, den es zu prüfen und zu bewerten gilt. Das begonnene Gerede vom Thüringen-Modell für die Bundesebene dürfte sich als Fehlorientierung erweisen.

Für die Strategiekonferenz in Kassel reichen die Betrachtungen zum Verhalten von Bernd Riexinger bei Weitem nicht aus. Auf die Mängel in der inhaltlichen Vorbereitung haben der Bundesausschuss und der Ältestenrat bereits im Vorfeld der Konferenz aufmerksam gemacht, was leider ignoriert worden ist. Die Strategiefrage und das politische Profil sowie der Platz der linken Partei in der Gesellschaft stehen

nach Kassel mit neuer Schärfe im Raum. Auch jüngste Debatten über Tendenzen von Anpassung und Distanz zur eigenen Geschichte gehören zu den Versäumnissen.

Was bisher im Vorfeld des Erfurter Parteitag geschied, hat Zeichen von Unfähigkeit in der Führung der Partei, von Selbstzufriedenheit und einem starken Zurückbleiben hinter den Herausforderungen, die vor der Partei im Inneren wie im gesellschaftlichen Geschehen stehen. Es hieß nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg „ein Weiter so“ wird es nicht geben. Wenn es aber so, wie es jetzt weiter gehen sollte, dann könnte sich wohl bestätigen, was der stellvertretende Landesvorsitzende des Landesverbandes Brandenburg, Martin Günther, jüngst meinte: Die Leute wollen gar nichts mehr von uns.

Der Ältestenrat hatte im Parteivorstand am 23./24. Februar 2020 den Vorschlag unterbreitet, um eine breite Parteitagdebatte vor Erfurt zu führen, unmittelbar nach der Strategiekonferenz, in einer außerordentlichen Sitzung des Parteivorstandes, die erforderliche inhaltlich Orientierung zu geben. Geblieben sind bisher eine alte Routine, formale Betrachtungen, Eigenlob und bürokratische Maßnahmen.

Wir sollten uns den eingetretenen Realitäten stellen und Veränderungen durch Neuwahlen und mit klaren Beschlüssen des Parteitag herbeiführen. Der Erfurter Parteitag ist aufgefordert, solche Antworten zu geben, dass die Leute und die Mitglieder der Partei wieder sagen:

**DIE LINKE brauchen wir!
Wir werden sie wählen und stärken!**

DOKUMENTIERT

Vom Ludergeruch der Basisdemokratie

Geschichte und Schicksal des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches – von Dr. Volkmar Schöneburg

„Die Frage ist, ob es nicht etwas Moderneres gibt, als den Zirkus der Parteien, eine Demokratie der Basis, eine Demokratie, die Lösungen für alle will. Freizügig und selbstbewusst, solidarisch in sich und mit der Natur und mitdenkend mit der Welt.“ (Volker Braun, Herbst 1989)

Dreißig Jahre nachdem die Volkskammer den „Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ (GG) erklärt hatte, was zugleich die Totalabwicklung des antikapitalistischen staatlichen Gegenentwurfs bedeutete, wird dieser Weg durch die herrschende Politik immer noch als alternativlos dargestellt. Von daher ist es umso wichtiger, die Erinnerung an das Unterbliebene, das Verschüttete, das nicht Gewagte, das Mögliche wach zu halten. Was wir nicht zustande gebracht haben, müssen wir überliefern, schrieb Ernst Bloch. Von daher soll an dieser Stelle über das Schicksal des fast vergessenen Entwurfs der Verfassung des Runden Tisches berichtet werden, der im April 1990 der Volkskammer zu geleitet worden war.

I.

Es nimmt nicht Wunder, dass die Protagonisten des historischen Herbstsemesters 1989 in der DDR die Verfassungsfrage stellten. Die Bürgerbewegungen unterstellten zu diesem Zeitpunkt die Existenz der DDR immer noch als legitim. Aber es galt, den Sozialismus anders zu denken als die herrschende Politbürokratie. Den Bürgerbewegungen ging es darum, den „vormundschäftlichen Staat“ (Rolf Henrich) der öffentlichen Kontrolle zu unterziehen und zu demokratisieren. Mit dieser Zielsetzung fanden sie sich durchaus in Übereinstimmung mit den Reformkräften innerhalb der SED. So forderten die Autoren des Projekts „Moderner Sozialismus“ an der Berliner Humboldt-Universität um Michael Brie und Rainer Land, aber auch Rechtswissenschaftler der Akademie der Wissenschaften um Karl-Heinz Schöneburg und Uwe-Jens Heuer einen Parteienpluralismus, die Akzeptanz der Basisaktivitäten der Bürger oder die Einklagbarkeit der Grundrechte. Die Intentionen der Bürgerbewegten und Reformsozialisten hat Volker Braun im November 1989 auf den Punkt gebracht: „Volkseigentum + Demokratie, das ist noch nicht probiert, noch nirgends in der Welt. Das

wird man meinen, made in GDR. Die Verfügungsgewalt der Produzenten.“ Es bestand unbeachtet von Differenzen in einzelnen Fragen Einigkeit darüber, dass es für das Ziel einer an Haupt und Gliedern erneuerten DDR einer neuen Verfassung bedarf. Gesellschaftsgestaltung im Rahmen einer Verfassungsdebatte war das Ziel.

Insofern war es nur folgerichtig, dass der Zentrale Runde Tisch auf seiner Sitzung am 7. Dezember 1989 beschloss, sofort mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung zu beginnen. Der Runde Tisch, an dem alle damals politisch relevanten Kräfte der DDR saßen, war eine Vermittlungsstelle, die der Opposition Einfluss auf exekutive und legislative Prozesse einräumte und zugleich der delegitimierten Staatsmacht hilfsweise jene Autorität verlieh, der sie mittlerweile vollkommen entbehrte. Die vom Runden Tisch einberufene Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“, in der jede Gruppe aus dem Plenum des Runden Tisches eine Stimme besaß – vom „Neuen Forum“ bis zur CDU – und dem eine Expertengruppe von Staatsrechtlern aus Ost und West (darunter Ulrich K. Preuß, Rosemarie Will und K.-H. Schöneburg) zur Seite stand, nahm unverzüglich ihre Arbeit auf. Der Entwurf einer Verfassung sollte der im Mai zu wählenden Volkskammer vorgelegt und dann über eine Volksdiskussion und einen Volksentscheid angenommen werden. Durch das Vorziehen der Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 musste die Arbeitsgruppe ihre Arbeit beschleunigen. Ein erster Entwurf wurde dem Runden Tisch am 12. März 1990 vorgelegt, der in seiner letzten Sitzung am selben Tag beschloss: „Dieser Verfassungsentwurf des Runden Tisches ist in die Debatte um eine neue deutsche Verfassung gem. Art. 146 GG einzubeziehen.“ Artikel 146 GG besagte, dass das GG seine Gültigkeit an dem Tage verliere, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Der Entwurf ist deshalb auch als Vermächtnis des Runden Tisches bezeichnet worden. Das Verfassungsdokument wurde im April der Öffentlichkeit vorgestellt und am 5. April 1990 dem Ministerpräsidenten übergeben.

II.

Verfassungen markieren eine Kompromissstruktur im geschicht-

lichen Raum. Diese Erkenntnis spiegelt sich auch im Entwurf der Verfassung des Runden Tisches wider. Grundkonsens der Autoren war es jedoch, die Identität der DDR als einen unabhängigen Staat zu behaupten. Diese Identität sollte sich vor allem auf die Erfahrungen der demokratischen Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger im Herbst 1989 und die sozialen Leistungen der DDR gründen. Daneben lehnt sich der Entwurf vor allem bezüglich der Rechtsstaatlichkeit an das Bonner GG an. Mit der neuen Verfassung sollte die DDR zugleich in die Lage versetzt werden, an den durch die Grenzöffnung am 9. November 1989 wahrscheinlich gewordenen Verhandlungen mit der BRD um eine staatliche Einigung mit einer autonomen, unabhängigen Position auf Augenhöhe teilnehmen zu können.

Das erste Faszinosum dieses Verfassungsentwurfs ist bereits das Staatssymbol: Schwerter zu Pflugscharen, ergänzt durch die Präambel aus der Feder von Christa Wolf. Da heißt es u.a.: „... eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen, ... gründend auf der revolutionären Erneuerung, entschlossen, ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln, das Würde und Freiheit des Einzelnen sichert, gleiches Recht für alle gewährleistet, die Gleichstellung der Geschlechter verbürgt und unsere natürliche Umwelt schützt, geben sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR diese Verfassung.“

Das Großartige an diesem Dokument war der Versuch, dass, was sich im Oktober/November 1989 von Unten an Umbrüchen vollzogen hatte, in eine verfassungsrechtliche Form zu gießen. Es ging darum, wie es Wolfgang Ullmann („Demokratie jetzt“) ausdrückte, das in Worte zu kleiden, was auf der Berliner Großdemonstration am 4. November 1989 erlebt wurde. Insofern ist der Menschenrechtsteil des Entwurfs ein klares Bekenntnis zur Basisdemokratie. Bürgerkomitees, Bürgerbewegungen, Interessengemeinschaften sollte das Recht eingeräumt werden, sich in den staatlichen Willensbildungsprozess einzubringen bzw. diesen zu kontrollieren. Dem GG ist solcher Art Basisdemokratie fremd, weshalb auch in der Diskussion um diesen Passus der Widerstand aus der CDU und SPD herrührte.

Das Bekenntnis zur Basisdemokratie führte auch dazu, dass Sperrklauseln im Entwurf nicht verankert wurden, hingegen aber eine Volksgesetzgebung verfassungsrechtlich geregelt wurde. Auch solche Institute sucht man im GG vergeblich. In den Beratungen zum GG 1948/49 wurde hinsichtlich der Legitimation der Vernachlässigung basisdemokratischer Elemente eine konstruierte Vergangenheit herangezogen. Aber weder die Macht des Volkes, noch die Plebiszite – die beiden Volksabstimmungen in der Weimarer Republik zur Fürstenenteignung (1926) und zum Youngplan (1929) waren bekanntlich gescheitert – haben die Republik von Weimar ruiniert, wie in den Debatten um das GG kolportiert wurde.

Der Entwurf macht auch Ernst mit der Einheit der Menschenrechte. Er regelt die politischen Freiheitsrechte wie soziale Rechte (Recht auf soziale Sicherung, auf unentgeltliche Bildung und Ausbildung, auf angemessenen Wohnraum, Teilhaberechte im Bereich der Arbeit). Um diesen Anspruch richtig zu gewichten, lohnt ein Blick in das gegenwärtig geltende GG. Das bekennt sich zwar zu den Menschenrechten, regelt aber nur die elementaren Bürgerrechte. Soziale Grundrechte sieht das GG nicht vor, obwohl das Sozialstaatsgebot zu dem mit einer Unveränderbarkeitsklausel versehenen Kern des GG zählt. Dieser gewollte Zustand entspricht dem Ungleichgewicht zwischen dem Rechts- und Sozialstaat in unserer Verfassungsordnung. Interessen dominieren auch hier die Ideen. Denn es ist ein liberal-kapitalistisches Axiom, dass der Sozialstaat der angeborne Feind des Rechtsstaates sei. In der DDR verhielt es sich genau umgekehrt. Während die sozialen Menschenrechte garantiert waren, standen die Freiheitsrechte allenfalls auf dem Papier.

Dabei ist die Einheit von sozialen und politischen Grundrechten als gleichermaßen Menschenrechte herzustellen ein Gebot des Völkerrechts, wie es sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und aus den beiden Internationalen UN-Pakten über bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale sowie kulturelle Rechte von 1966 ergibt. Denn es bleibt, um mit Hegel zu sprechen, eine „leere Abstraktion“ oder nur die halbe Miete, die Würde des

Menschen für unantastbar zu erklären (Art. 1 GG), ohne zugleich die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen dieser Würde sicherzustellen. Wirkliche Freiheit impliziert die Bedingungen ihrer Verwirklichung! Es ist diese Erkenntnis, auf der die Menschenrechtskonzeption der Verfassung des Runden Tisches basiert.

Die Autoren des Entwurfs nahmen nicht nur die aus dem GG bekannten Freiheitsrechte in den Text auf, sondern schufen auch hier Neues. So wurde im Kontext des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft, das in der DDR seit 1972 bestand, normiert. Festgeschrieben wurden zudem das Kommunalwahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, der Schutz nicht-familiärer Lebensgemeinschaften und der Schutz der natürlichen Umwelt mit der Möglichkeit der Verbandsklage. Besonderen Schutz sollten das persönliche und das genossenschaftliche Eigentum genießen. Für das Eigentum an Grundstücken sieht der Entwurf Beschränkungen hinsichtlich der zulässigen Größe vor.

Wohl überlegt sind auch die Übergangsbestimmungen. Zu den umstrittenen Eigentumsverhältnissen auf Grund der Bodenreform bestimmt der Entwurf, dass die Eigentumsbeziehungen, die in Übereinstimmung mit dem Recht der DDR erfolgten, als wirksam anzusehen seien. Selbst bei unwirksamen Wohnungsübertragungen regelt der Entwurf lediglich Entschädigungsansprüche. Wären diese Artikel in Kraft gesetzt worden, wäre dem fast schrankenlosen Abfluss des Eigentums an Grund und Boden von Ost nach West, der Rückgabe vor Entschädigung, dem Bauernlegen und der rücksichtslosen staatlichen Landnahme in den Jahren nach 1990 ein Riegel vorgehoben worden.

III.

Nachdem der Verfassungsentwurf dem Ministerpräsidenten übergeben worden war, verteilte die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“ noch etwa 400 Exemplare des Dokuments an die Fraktionen der Volkskammer. Die Behandlung des Entwurfs durch das Parlament war jedoch beschämend. Auf der 3. Tagung der Volkskammer am 19. April 1990 war der Verfassungsentwurf des Runden Tisches Gegenstand der Diskussion innerhalb einer aktuellen Stunde. Es stellte sich heraus, dass die 400 Exemplare in den meisten Fraktionen gar nicht an die Abgeordneten verteilt worden waren. In der Debatte führ-

te Gerd Poppe („Initiative für Frieden und Menschenrechte“), selbst Mitglied der Arbeitsgruppe, aus, dass erst eine neue Verfassung die Grundlage bilde für den auf Volkssouveränität basierenden Rechtsstaat. Ähnlich wie Poppe argumentierte der Staatsrechtler Gerhard Riege (PDS), den zwei Jahre später der Hass, der ihm im Deutschen Bundestag entgegenschlug, in den Freitod trieb. Riege brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass der Entwurf von einem demokratischen und humanistischen Grundgestus durchdrungen sei und jene positiven und negativen Erfahrungen aus 40 Jahren DDR verarbeitet habe. Der Entwurf sei unverzichtbar, so Riege, für einen gleichberechtigten Einigungsprozess und ein Angebot für eine Verfassung des geeinten Deutschland. Doch die Mehrheit der Parlamentarier bezog eine ablehnende Haltung, ohne sich inhaltlich mit dem Text zu beschäftigen. Eine Verfassungsdiskussion würde wie ein „demokratischer Ballast“ im „Hauruck-Verfahren“ zur deutschen Einheit wirken und zu viel eigenständige Identität der DDR begründen, so die Argumentation für einen Beitritt der DDR zum Geltungsreich des GG nach Artikel 23 eben jener bundesdeutschen(!) Verfassung. Der Antrag auf Beratung des Entwurfs wurde dann in der 5. Sitzung der Volkskammer am 28. April, nach einigen Geschäftsordnungstricks der SPD-Politiker Reinhard Höppner (Vizepräsident der Volkskammer) und Richard Schröder (Fraktionsvorsitzender der SPD), mit 179 zu 167 Stimmen abgelehnt. Damit erreichte der Entwurf nicht einmal den Verfassungsausschuss der Volkskammer.

Die Bevölkerung sah das durchaus anders: Eine Infas-Befragung im April 1990 ergab, dass nur 9 Prozent eine Übernahme des GG wünschten, 38 Prozent sprachen sich für eine neue gesamtdeutsche Verfassung aus und 42 Prozent für die Schaffung einer eigenen neuen Verfassung. In kurzer Zeit wurden 230 000 Unterschriften für den Entwurf gesammelt. Vergebliche Mühe. Doch das kam nicht überraschend.

IV.

Rechtsverhältnisse sind in die Rechtsform übersetzte soziale Machtverhältnisse, schrieb der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch. Das gilt auch für das Verfassungsrecht eines Staates, das durch die politische, wirtschaftliche und geistige Macht konstituiert wird. Im Frühjahr 1990 hatten sich die Machtverhältnisse in der DDR gegenüber dem Herbst des vergange-

nen Jahres gravierend geändert. Gemeinhin wird ja die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als einzige freie Wahl in der DDR gepriesen. Nach Auffassung des Soziologen Steffen Mau ist dieses Urteil jedoch zu relativieren. Denn es rangen zum Teil Parteien und Personen miteinander um die Wählergunst, die eigentlich gar nicht zur Wahl standen. Insbesondere die „Allianz für Deutschland“, der die CDU, die DSU und der „Demokratische Aufbruch“ angehörten, sowie die SPD agierten ohne eigene Ideen und letztlich als Auftragnehmer westdeutscher Parteien und deren Interessen. Mau kommt zu dem Schluss, dass dieses Kapermanöver – die „Allianz für Deutschland“ ging als klarer Sieger aus der Wahl hervor – die gerade aufkeimende DDR-Demokratie schon wieder zertrampelte. In diesem Zusammenhang hob Rosemarie Will in einem Interview 2015 hervor, dass die Demokratisierung den westdeutschen Strategien ein Dorn im Auge gewesen sei. Bei einer Annahme des Entwurfs, so Will, hätte die größere BRD nicht so einfach die Maßgaben der Einheit verordnen können. Also begab sich die frisch gewählte Mehrheit der Volkskammer eiligst auf den Beitritts- bzw. Anschlussweg Deutschland einig Vaterland gemäß Artikel 23 GG. Damit war eine neue Verfassung für die DDR, aber auch eine neue gemeinsame Verfassung nach einer Vereinigung obsolet. Die Einheit als feindliche Übernahme auf Wunsch der Übernommenen, nennt dieses Phänomen Daniela Dahn. Für die DDR-Bürger hieß das, dass die Grundprinzipien des zukünftigen Zusammenlebens von der westdeutschen Seite vorgegeben wurden. Als funktionales Äquivalent für einen demokratischen Einigungsprozess auf Augenhöhe über eine Verfassungsgebung setzten die maßgeblichen Akteure auf die nationale Einheit. Das nationale Projekt, die Aufwertung von Herkunft und Zugehörigkeit überlagerte und verdrängte schließlich das demokratische Projekt des 89er Herbstes. Nicht nur Heiner Müller sprach von einer „nationalen Besoffenheit“, die um sich griff. Statt wir sind das Volk, hieß es nun: Wir sind ein Volk.

Mit dem Beitritt diktierte die Bundesrepublik (und die westdeutschen Kapitalinteressen) die Bedingungen der Abwicklung der DDR, quasi wie ein Insolvenzverwalter. Die negativen Folgen der völligen Anpassung Ostdeutschlands an Westdeutschland sind bekannt. Es wurde im politischen Transformationsprozess alles verdrängt, was der demokratische

Umbruch 1989/90 in der DDR an Neuem hervorbrachte. Vielmehr erfolgte der vollständige Transfer des westdeutschen Institutionensystems, verbunden mit einem radikalen Elitenaustausch. Noch heute sind lediglich 1,7 Prozent der Ostdeutschen in Führungspositionen. Es kam zu einer fast flächendeckenden Deindustrialisierung mit dementsprechender Massenarbeitslosigkeit, zum Prinzip Rückgabe vor Entschädigung den Grund und Boden betreffend, zur Einführung eines politisch und ideologisch selektiven Rentenrechts oder zur Aushebelung des verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbots in politischen Strafprozessen. Timm Kunstreich hat die soziale Gemengelage in den Jahren 1990 ff. auf den Begriff gebracht: Entwertung. Die Entwertungen betrafen alle Lebensbereiche der Ostdeutschen, ob nun Arbeit, Wohnen, Qualifikation, die Biografie, Lebensentwürfe und Familienkonstellationen. Entwertungen, die alle mehr oder weniger trafen, egal ob sie in Loyalität oder in Opposition zum alten Regime standen. Heute, wo ein ungehemmter Neoliberalismus und ein globalisierter Kapitalismus bei einer Vielzahl von Menschen zu Kontrollverlusten, sozialen Unsicherheiten und sozialen Abstiegen führen, werden diese Entwertungen im Osten noch heute auch regressiv-nationalistisch, durch rechtspopulistische Projektionen verarbeitet.

V.

Ob dies alles hätte verhindert werden können, wenn der durch den Runden Tisch und Artikel 146 GG vorgezeichnete Weg in die deutsche Einheit beschritten worden wäre? Jedenfalls wäre der Gang der Ostdeutschen ein aufrechter gewesen. Sie hätten auch nicht so mit dem GG gefremdet. Staatsverfassungen lassen sich nämlich nicht auf Menschen wie Schösslinge auf Bäume pflanzen, heißt es bei Wilhelm von Humboldt. Natürlich haben auch Verfassungsentwürfe ihre Wirkungsgeschichte, denkt man etwa an die Jakobiner-Verfassung von 1793. Zudem umfasst der Verfassungsentwurf des Runden Tisches ein Gedankenmaterial, welches bei der Erarbeitung der Brandenburger Landesverfassung 1992 eine große Rolle spielte. Aber letztlich ist eine Chance verspielt worden. Denn Verfassungsdiskussionen, so der Rechtsphilosoph Hermann Klenner, stellen für diejenigen, die nicht in Macht und Wohlstand sitzen, die große Gelegenheit dar, den Status quo nach vorne zu verändern. Eine Gelegenheit, die 1990 verstrichen ist.



von
Harald Weinberg,
krankenhauspolti-
scher Sprecher der
Fraktion DIE LINKE

Unverantwortliche Krankenhauspolitik in der Covid-19-Krise

Bundeskabinett beschloss am 23. März Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz

Es ist unverantwortlich, angesichts der Covid-19-Krise an den Fallpauschalen zur Finanzierung der Krankenhäuser festzuhalten. Die Fallpauschalen sind hauptverantwortlich für die jetzige Misere in den Kliniken. Pflegenotstand, Personalmangel, wenig Bevorratung sowie fehlende Betten- und Laborkapazitäten sind Ergebnis des Kostendrucks, dem die Krankenhäuser seit über 15 Jahren ausgesetzt sind.

Gesundheitsminister Spahn bricht sein Versprechen gegenüber den Krankenhäusern, dass kein Haus durch Covid-19 ins Defizit rutschen werde. Statt den Kliniken jetzt Sicherheit zu geben, dass sie sich ohne finanzielles Risiko der Epidemie stellen können, lässt Spahn wirtschaftliche Fehlanreize

bestehen. Jedes einzelne Krankenhaus muss nun selbst betriebswirtschaftlich abwägen, ob sich Engagement gegen Corona lohnt oder nicht – das ist wahnwitzig.

Der logische Schritt wäre ein echter „Schutzschirm“, also die Zusage, den Krankenhäusern befristet für die Zeit der Epidemie ihre gesamten Kosten zu erstatten. Dafür müssten die Fallpauschalen ausgesetzt und die Kosten am Ende spitz

abgerechnet werden. Andernfalls wird es bei den Krankenhäusern Krisengewinner und Krisenverlierer geben. Das ist in einer Zeit, in der größtmögliche gesellschaftliche Solidarität notwendig ist, das vollkommen falsche Signal.

Zeichnung:
Klaus Stuttmann



Veranstaltungstermine der LINKEN

Aufgrund der aktuellen Lage (Corona-Krise) finden z. Zt. keine Veranstaltungen der LINKEN statt.

Die Geschäftsstellen des Kreisverbandes Oder-Spree in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt bleiben auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Erreichbarkeit ist über Telefon zu den unten aufgeführten Sprechzeiten der Kreisgeschäftsstellen gewährleistet, ebenso der E-Mail-Kontakt.

Aktuelles zu Aufhebung oder Änderungen dieser umfangreichen Beschränkungen erfährt Ihr auf unserer Internetseite www.dielinke-oder-spree.de.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Kontakt zum Kreisschatzmeister:
ksm@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr,
Di. 10–12 u. 15–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr,
und nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 21. 4., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Langfristig geplante Sitzungen im April/Mai 2020

- Werksausschuss für den 28. 4., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Eigenbetrieb KWU
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 30. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 5. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Migration
- Ausschuss f. Ländliche Entwicklung 7. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Kreisentwicklung
- Ausschuss für Bildung, Kultur 12. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Sport

Die Aktualität der Termine bitte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

1. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium
22. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 2 000

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Onlineprinters GmbH, Dr.-Mack-Straße 83, D-90762 Fürth

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

„Verordneter“ Antifaschismus?

Akut im 75. Jahr nach der Befreiung 1945

Bevor ich meine Jugendweihe erhielt, besuchte ich mit anderen 14-jährigen in einer der Jugendstunden das Konzentrationslager Ravensbrück. Nie zuvor hatte ich etwas so Grauenhaftes gesehen: Berge von Schuhen ermordeter Kinder ...

In den 60er Jahren sah ich den mich zutiefst bewegendenden DEFA-Film „Nackt unter Wölfen“, verfilmt nach der Romanvorlage von Bruno Apitz, selbst Häftling im KZ Buchenwald. Das gerettete Buchenwald-Kind wurde für mich zum Symbol für den Sieg der Menschlichkeit über die grauenhafte Realität eines KZ als Inbegriff des Bösen.

All das schärfte meinen Blick auf Dinge, die sich niemals wiederholen dürfen. Es gebar das Bedürfnis, jedes Jahr am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, am sowjetischen Ehrenmal Blumen abzugeben. Niemand hatte es verordnet.

Nicht nur der Handschlag des Faschisten Höcke für Kemmerich bei der Landtagswahl im Thüringer Landtag ist es, der uns mehr als nur beunruhigen sollte. Viel schlimmer ist, dass faschistisches,

fremdenfeindliches und rassistischen Gedankengut wieder öffentlich geäußert wird. Mehr noch. Es hat Eingang gefunden in viele Köpfe. Wehret den Anfängen war früher! Deshalb müssen wir jetzt Farbe bekennen.

Dass Farbe bekennen nicht nur ein linkes Anliegen ist, bewies die Demonstration in Erfurt am 15. Februar. Sie zeigte das Einigende aller demokratischen Kräfte. Niemand hatte es verordnet. Vielmehr war es ein Bekenntnis zu „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee sollte ein Anlass sein, dieses Bekenntnis öffentlich zu machen. Am 9. Mai 2020 lade ich zu einer Radtour in eine der geschichtsträchtigsten Gegenden Brandenburgs ein: ins Oderbruch. Start ist um 10 Uhr am sowjetischen Ehrenmal in Frankfurt, Lindenstraße. Von dort radeln wir auf einer Route von insgesamt 55 Kilometern zu Erinnerungs-Orten der Befreiung durch die Sowjetarmee: über Lebus, den Oder-Neiße-Radweg bis zum Reitweiner Sporn, wo sich der

ehemalige Befehlsstand von Marschall Shukow befindet. Das Anliegen der Tour sollte sichtbar sein: durch Gestaltung der Räder, an der Kleidung usw. Teilnehmen kann jeder – unabhängig vom Alter. *(Bitte aktuell bei Jürgen Sobeck zur Durchführbarkeit erkundigen.)*

von
Jürgen Sobeck,
SODI-Gruppe Eisen-
hüttenstadt-LOS,
Mitglied des Frank-
furter Friedensnetz,
Kontakt: milli.jorge
@gmail.com



Der sowjetische Ehrenfriedhof in Lebus ist eine Begräbnisstätte für etwa 5000 Rotarmisten. Foto: russische-botschaft.ru

Zucker-Kasten



Aus Anlass des
75. Jahrestages der Befreiung
vom Faschismus

Radtour ins Oderbruch

zu Orten der Erinnerung

9. Mai 2020

Start: 10 Uhr,
am sowjetischen Ehrenmal,
Frankfurt (Oder),
Lindenstraße

Die Route führt über Lebus,
den Oder-Neiße-Radweg
nach Reitwein, auf den Reitweiner Sporn
(ehemaliger Befehlsstand von Marschall Shukow)



**Dagegen sein
reicht nicht!
Zeigt Präsenz!**

...gegen Faschismus und Krieg!

Friedensnetz Frankfurt (Oder)



SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS



Kuba zu sagen heißt Menschlichkeit zu sagen

Kuba reagierte erneut gelassen und solidarisch, als es in dieser außergewöhnlichen und lebensbedrohlichen Situation gebraucht wurde

Das Kreuzfahrtschiff MS Braemar legte am gestrigen Mittwoch (18.3., Red. *Widerspruch*) um 7 Uhr im 45 Kilometer westlich von Havanna gelegenen Hafen von Mariel an, um mit dem Transfer seiner Passagiere nach Großbritannien und Nordirland mit vier Charterflügen aufgrund der Vereinbarungen zwischen der kubanischen und der britischen Regierung zu beginnen.

Es beförderte 682 Passagiere und 381 Besatzungsmitglieder mit fünf positiven Fällen von Covid-19 und weitere 40 Reisende, die im Verdacht standen, das neue Coronavirus zu tragen. Aus diesem Grund waren sie seit Ende Februar in verschiedenen karibischen Häfen abgelehnt worden ...

Die kubanische Regierung war ... die einzige, die auf die humanitäre Bitte der britischen Regierung ... reagierte, um ihre Rückkehr auf dem Luftweg ... zu ermöglichen und sie vor einem ungewissen Schicksal zu retten, das durchaus einen tödlichen Ausgang haben konnte.

Kuba reagierte erneut gelassen und solidarisch, als es in dieser außergewöhnlichen und lebensbedrohlichen Situation gebraucht wurde.

Das Andocken im kubanischen Hafen erfolgte im Einklang mit den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Gesundheitsministerium (MINSAP) festgelegten Hygienemaßnahmen.

Die Landung der Passagiere

Am Mittag begann die komplexe humanitäre Operation des Ausstiegs der Reisenden von Bord ... und ihr Landtransfer zum Terminal Nummer 5 des Internationalen Flughafens José Martí, wo vier Flugzeuge auf sie warteten, von denen eines ausschließlich für die Patienten mit der ansteckenden Krankheit bestimmt war ...

... Gegen vierzehn Uhr stiegen die Passagiere in die ... Busse ... Die Karawane bestand neben „Transtur“-Bussen aus Reparaturdienstfahrzeugen, Krankenwagen und Polizeibeamten.

Ziel war es, jegliche Unterbrechung oder Zwischenfälle auf dem Landweg zu verhindern. Kuba ließ ... keine Lücke für eine mögliche Ansteckung.

Die Besatzung brachte vom Kreuzfahrtschiff aus über die sozialen Netzwerke wie Twitter und Facebook ihren Dank zum Ausdruck. „Wir sollten uns alle daran erinnern, was #Cuba für uns getan hat, als keines der Länder und Mitglieder des British Commonwealth in der Region Hilfe anbot ...“

... Vom Deck aus und beim Aussteigen im Hafen von Mariel bezeugten die Touristen unserem Land ihren Dank. „Ich liebe dich, Kuba“, besagte ein Spruchband, mit dem einige von ihnen vom Schiff stiegen.

... Ebenso berichtete die Reederei Fred Olsen Cruise Lines, dass jeder Passagier, der nicht imstande

wäre zu fliegen, in Kuba Unterstützung und medizinische Behandlung erhalten würde.

Tief empfundener Dank

Zeitungsberichten zufolge dankte der britische Außenminister Dominic Raab am Vortag im britischen Parlament für die Geste Kubas, das Kreuzfahrtschiff anlegen zu lassen und bei der Rückführung der Passagiere zu helfen.

Der Botschafter des Vereinigten Königreichs in Kuba, Antony Stokes, traf ebenfalls am Mariel-Terminal ein und erklärte: „Ich bin der kubanischen Regierung sehr dankbar, dass sie sich bereit erklärt hat, diese Operation durchzuführen.“

Die Lokalzeitung *The Independent* bestätigte an diesem Mittwoch, dass die Entscheidung der Behörden der Karibikinsel ein „wahres Zeichen globaler Solidarität“ sei. ... erinnere ... an die Teilnahme kubanischer Ärzte im Kampf gegen Ebola in Westafrika im Jahr 2014 und an die Betreuung der Opfer des Erdbebens 2010 in Haiti ...

Ein solidarischer Abschied

... Sie (die Passagiere und die Besatzung) verabschiedeten sich mit erhobenen Händen, nicht nur aus Dankbarkeit, sondern auch wegen der Solidarität eines Landes, das wusste, wie man auf den humanitären Ruf von Menschen reagiert, die auf hoher See hätten sterben können ...

Der erste Flug startete um 19.45 Uhr ... Eine kleinere Anzahl verblieb auf dem Schiff, um es nach Europa zurückzubringen.

Vielleicht werden diese europäischen Kreuzfahrtpassagiere eines Tages nach Kuba zurückkehren, seine Städte besuchen, durch die Straßen gehen und sich mit diesem großzügigen Volk austauschen, das wie nie zuvor von der wichtigsten wirtschaftlichen und militärischen Macht auf dem Planeten brutal bedrängt wird, jedoch keinesfalls seine Sensibilität, seine Solidarität und seinen Humanismus verliert, so wie es uns Martí und Fidel gelehrt haben.

Textkürzungen:

Dr. Rainer Lindemann, Cuba Sí

Autor:
Abel Reyes Montero | internet@granma.cu

Quelle:
<http://de.granma.cu/cuba/2020-03-19/kuba-zu-sagen-heisst-menschlichkeit-zu-sagen>



Die MS Braemar im Hafen von Mariel, Fotos: granma.cu



Spruchband von Touristen „Ich liebe dich, Kuba“

Cuba Sí

Geldspenden auf das Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí

Empfänger: DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck: „Kuba muss überleben“

<https://cuba-si.org> | www.facebook.com/cubasi.berlin